

## Die Silvesterknallerei

Um die Petition der Polizeigewerkschaft zu einem Verbot der privaten Knallerei am Silvesterabend ist nun eine hitzige Debatte über uns hereingebrochen, die unvernünftig ist und jeglicher Logik entbehrt. Sehen wir es vom Standpunkt der Demokratie, ist die Lage eindeutig: 74% der Bevölkerung lehnen das Silvesterböllern ab. Tendenz: Steigend.

Hätten wir eine Demokratie, wäre die Debatte an dieser Stelle bereits beendet. Haben wir aber nicht. Mit untauglichen Fragen versucht die noch bestehende Minderheit, an einem Verbot vorbei zu diskutieren. Unverständlicherweise finden solche Fragen Gehör in verschiedensten Bereichen bis hin zu Regierungsvertretern. Es entspricht leider der allgemein inakzeptablen Praxis in Deutschland, daß Mehrheiten nicht entscheiden, sondern jede noch so kleine Minderheit ihre abwegigen Auffassungen mit staatlicher Hilfe durchzusetzen vermag. Man hält das für Demokratie und nennt es dann völlig überspitzt „Vermeidung der Diskriminierung von Minderheiten“. Ich erinnere nur an Rechtschreibreformen und Genderdeutsch. Diese Vorgehensweise ist ein untaugliches Gebaren. In einer Demokratie müssen sich Minderheiten den Mehrheiten unterordnen und nicht umgekehrt. Nicht jede Minderheitenmeinung kann praktiziert werden.

Die dümmste aller Fragen ist die, ob ein allgemeines Böllerverbot überhaupt durchsetzbar ist. Die dümmste Frage ist es deshalb, weil ja die Durchsetzung in der Sache sehr einfach ist. Es muß, wie es bei Feuerwaffen üblich und auch allgemein anerkannt ist, der freie Verkauf untersagt und der illegale Besitz unter Strafe gestellt werden. Das ist schon aus dem Grund notwendig, weil in den vergangenen Jahren die Sprengkraft frei erhältlicher Feuerwerkskörper erheblich zugenommen hat. Die bekannten Kugelbomben zum Beispiel, mit denen es Todesopfer gegeben hat, mit denen Häuserfronten zerstört und Menschen verletzt wurden, können ohne Not unter das Kriegswaffengesetz gestellt werden. Ihr Einsatz hat unbestritten zu kriegsähnlichen Situationen geführt.

Die Verabschiedung eines solchen Verbotsgesetzes zum Schutz der Bevölkerung bereitet bei normaler Herangehensweise keinerlei Probleme. Es wurden ja in der jüngeren Vergangenheit schon Gesetze erlassen, die viel dümmer und völlig nutzlos waren. Ich erinnere hier nur die gesetzlichen Bestimmungen zur Gewährleistung der Anonymität im Netz (Siehe hierzu <http://hauptplatz.unipohl.de/AnonymImNetz.pdf>), oder das Gesetz über die Freigabe von Cannabis, oder das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz. Letzteres betrifft eine Minderheit von 0,3% der Bevölkerung. Über 99% der Menschen halten es für exaltierten Blödsinn.

Ich hatte es bereits öffentlich gesagt, hier sei es noch einmal wiederholt:

Feuerwerkskörper gehören in die Hände von Fachleuten, die eine Ausbildung durchlaufen haben und ihre Qualifikation durch Bestehen einer Prüfung bestätigt haben. Sie gehören nicht in die Hände von Laien, die die Folgen ihrer Verwendung nicht beurteilen können oder die Sicherheit nicht beachten wollen. Ausgenommen seien Knallerbsen und Tischfeuerwerke.

Es geht nicht darum, die Rechte der Mehrheit (die es hierbei aber nicht mehr gibt) zu beschneiden, weil es einige schwarze Schafe gibt. Es geht um die Erhöhung der allgemeinen Sicherheit in der Silvesternacht. Die Menschen wollen den Jahreswechsel feiern, ohne dabei in der Angst leben zu müssen, wegen eines Feuerwerkskörpers ins Krankenhaus oder auf den Friedhof gebracht zu werden. Feuerwerke zum Jahreswechsel sollten ausnahmslos zentral organisiert sein und mit hohen Sicherheitsstandards zu einer kulturellen Bereicherung der Feierlichkeiten werden.

Kommentar, nachgesetzt:

Es ist ein Skandal, wenn angesichts der Mehrheitsmeinung die Brandenburger Innenministerin Katrin Lange (SPD) das Böllerverbot als Scheinlösung bezeichnet und sich gegen ein generelles Böllerverbot ausspricht. Feuerwerk sollte nicht für alle verboten werden, weil einige es missbräuchlich behandelten, sagte die SPD-Politikerin dem rbb. Das ist eine selbstherrliche Arroganz, die kein Gleichnis hat. Das nährt meine Ansicht, daß wir keine Demokratie haben, sondern eine autokratische Parteiendiktatur.